



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/136 - 16. Juni 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 086 890

## Regierungsentwurf verrissen - SPD-Auffassung bestätigt

P.B. Wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung bedurft hätte, dass der nach jahrelangen Versäumnissen eilfertig zusammengestoppelte Regierungsentwurf zur Neuregelung der Altersversorgung der Arbeiter und Angestellten unzulänglich und brüchig sei, so hat die Sitzung des Bundesrates vom letzten Freitag ihn erbracht. Es ist einem "Verreißen" des Entwurfes gleichzusetzen, wenn der Bundesrat im ersten Durchgang 103 Abänderungsanträge und zwei Empfehlungen angenommen hat. Angenommen nicht zuletzt auch mit den Stimmen der Länder, die von der CDU geführt werden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion kann dabei mit Befriedigung feststellen, dass ein wesentlicher Teil der angenommenen Abänderungsanträge Forderungen entspricht, die in ihrem lange vor der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf enthalten sind. Der soziale Inhalt der sozialdemokratischen Vorlage konnte so nicht besser bestätigt werden.

Das bezieht sich vor allem auf den Wunsch des Bundesrates, dass auch Arbeiter schon nach Vollendung des 60. Lebensjahres in den Genuss der Altersrente kommen sollen, wenn sie ein Jahr arbeitslos sind - eine Regelung, die für die Angestellten bereits geltendes Recht ist; Auf den Antrag, dass Frauen schon mit 50 Jahren Altersrente erhalten sollen, wenn sie in den letzten zehn Jahren eine überwiegend rentenversicherungsspflichtige Tätigkeit ausgeübt haben und vieles andere mehr.

In einer Kernfrage der angestrebten neuen Altersversorgung, der Anpassung der Renten an die Lohn- Preis- und Gehaltsentwicklung, ist zumindest eine weitgehende Anpassung der sozialdemokratischen Vorstellungen an die des Bundesrates zu verzeichnen. Während die Regierung diese Anpassung alle fünf Jahre dem Verordnungsweg überlassen will, hat der Bundesrat drei Jahre vorgesehen und den ominösen "Sozialversicherungsbeitrag" ganz gestrichen. Bis zu der von der SPD angestrebten "dynamischen Rentenanpassung" ist der Weg nicht mehr allzu weit.

Die schlechteste Rolle hat am Freitag, wie schon so oft im Bundesrat Arbeitsminister Storch gespielt, denn ausgerechnet er hat sich allen sozialen Verbesserungen widersetzt und geradezu mit Leidenschaft dagegen gekämpft, dass auch Arbeiter nach entsprechender Arbeitslosenzzeit schon mit 60 Jahren die Altersrente erhalten sollen.

+ + +

- 2 -

Wieviel Deutsche wohnen noch im Osten ?

Jetzt kommen wieder regelmässig Transporte aus den besetzten deutschen Ostgebieten an, da taucht immer wieder die Frage auf, wieviel Deutsche noch heute jenseits von Oder und Neiße leben. Offizielle polnische Berichte und Statistiken werden darüber nicht veröffentlicht. Eine eingehende Umfrage der kürzlich in der Bundesrepublik eingetroffenen Umsiedler gab Aufschluss über die heutigen Bevölkerungszahlen in den wichtigsten ostdeutschen Städten:

	Einwohnerzahl 1939	Einwohnerzahl 1956	Davon Deutsche
Allenstein	45 000	36 000	400
Beuthen	191 000	115 000	4000
Breslau	650 000	430 000	1500
Danzig	265 000	253 000	1400
Elbing	86 000	48 000	300
Gurbinen	25 000	15 000 (Russen)	Keine
Hirschberg	32 000	29 500	250
Insterburg	49 000	32 000 (Russen)	Keine
Königsberg	368 000	212 000 (Russen)	Keine
Königsbrütte	85 000	110 000	2500
Kattowitz	130 000	142 000	6000
Kolberg	37 700	18 000	200
Küstrin	24 600	4 000	Keine
Stargard	38 800	19 000	350
Stettin	381 000	260 000	1600
Silsit	59 000	45 000 (Russen)	Keine
Waldenburg	64 100	61 000	4500
Coppeln	65 000	30 000	6000

Die Bevölkerungsstruktur hat sich durch die Umwandlung Polens in einen Industriestaat stark verschoben. Während die Groß- und Mittelstädte überbevölkert sind, wobei teilweise Vorkriegsbevolkerungszahlen bei weitem übertroffen wurden, sind die ländlichen Bezirke nur schwach besiedelt. Hier sind die Vorkriegszahlen nur zu 40 - 50% erreicht worden. Ostbrandenburg ist heute das dünnbesiedelteste Land des deutschen Ostens.

Nach einer Mitteilung des DRK-Spendendienstes befinden sich noch 800 000 Deutsche jenseits von Oder und Neiße, von denen 175 000 die Erlaubnis zur Umsiedlung erhalten haben. Ungezählte Anträge wurden von den Polen abgelehnt. Die meisten Deutschen, etwa 500 000, leben im schlesischen Raum; vor allem im oberschlesischen Industriegebiet. Zum überwiegenden Teil beherrschen sie die polnische Sprache und sind damit zu einem nicht mehr auffallenden Teil innerhalb der polnischen Bevölkerung geworden.

Mit schweren Sorgen beladen

b.v. Paris, Mitte Juni

Nun ist auch Christian Pineau, Frankreichs sozialistischer Außenminister, in den USA, um sein Herz zu erleichtern und für die politischen Auffassungen der Regierung Mollet zu werben. Pineau, Optimist, soweit Moskau in Frage kommt, und ein patriotischer Franzose, soweit es um Nordafrika geht, wird es weder bei den Vereinten Nationen in New York, noch bei John Forster Dulles im amerikanischen Außenministerium leicht haben.

Denn wenn Dulles ein Skeptiker ist, so ist Pineau ein Optimist, und wenn Dulles findet, es habe sich in der Sowjetunion nur die Form der Politik geändert, nicht der Inhalt, so ist Pineau vom Gegenteil überzeugt. Zweifel an Dulles und Adenauer an der Ehrlichkeit der in Moskau geäußerten Wünsche, so sagt Pineau - und er hat dies ganz offen in einem Vortrag dargelegt - dass es in der Diplomatie nicht auf die Absichten, sondern auf die Tatsachen ankommt. Er sieht, dass Moskaus Politik tatsächlich geändert hat.

Es sind also recht schroffe Gegensätze vorhanden, nicht nur zu den Auffassungen von Dulles, sondern auch zu denen, die kurz vor Pineaus Eintreffen in Washington der Bundeskanzler dort unterstrichen hat. Pineau geht jedoch nach Amerika nicht nur, um sich sagen zu lassen, dass er in Sachen der Ost-Westpolitik ein hoffnungsloser Optimist sei. Vielmehr beabsichtigt er auch, sowohl bei den Vereinten Nationen wie, nicht zuletzt, bei John Forster Dulles ernsthafte französische Beschwerden vorzubringen. Dabei geht es um die Einstellung Washingtons gegenüber den rastlosen Berühungen Frankreichs, Algerien nicht zu verlieren und in den einstigen Protektoraten Tunesien und Marokko Einfluss zu behalten.

Es hat die Pariser Diplomatie verärgert, dass sich Amerika allzu sehr beeilt, Botschafter für Marokko und Tunesien namhaft zu machen. Es hat sie verärgert, dass - angeblich - amerikanische Firmen versucht haben, und vielleicht noch versuchen, in Marokko und Tunesien an die Stelle französischer Interessen zu treten. Und es hat sie besonders geärgert, dass in Washington kaum noch die Überzeugung verkehrt wird, Frankreich werde Algerien verlieren und sollte seine dort eingesetzten

Kräfte für bessere Zwecke freihalten.

Tatsächlich befindet sich Frankreich, was Algerien angeht, nicht nur in einer nationalen Zwickmühle, sondern gleichzeitig in einer internationalen. Denn Algerien, das juristisch ein Bestandteil Frankreichs ist, gehört zum Verteidigungsbereich der Atlantikpakt-Staaten, also der NATO. Dennoch wünscht Frankreich, dass die algerischen Vorgänge als innerfranzösische Geschäfte angesehen werden, und es möchte, dass dieser Standpunkt auch von der amerikanischen Regierung sowohl in internationalen Verhandlungen wie im Rahmen der Vereinten Nationen unterstützt wird.

#### Das Problem der USA-Waffenlieferungen

Für Pineau und seine Anhänger ist aber das Algerien-Problem gleichzeitig Teil der gesamten Politik im Mittleren Osten, und er sieht in jeder Unterstützung der arabischen Staaten durch die USA, also auch in jeder Waffenlieferung, eine indirekte ideelle und eine direkte, sehr praktische Unterstützung der arabischen These. Diese lautet bekanntlich, dass Algerien eine Angelegenheit der gesamten arabischen Welt geworden ist, die sich deshalb geschlossen gegen Frankreich wendet. Da sich die arabische Welt ebenso geschlossen auch gegen Israel wendet, beabsichtigt Pineau, die Frage der Waffenlieferungen an Ägypten und Syrien auch von diesem Gesichtswinkel aus zu beleuchten.

Es wird kaum damit gerechnet, dass Pineau aus Amerika mehr heimbringen kann als einige höfliche Zusicherungen. Er kann nicht erwarten, dass Washington innerlich seine Meinungen über die algerische Zukunft korrigiert. Ja, es gibt Pessimisten, die meinen, Pineau könne noch froh sein, wenn man ihn in den USA nicht sagt, Frankreich täte besser daran, seine Machtansprüche herunterzuschrauben und sich nicht mehr zu dünken als es in Wirklichkeit darstelle. Es fiel auf, dass solche Gedankengänge kurz vor Pineaus Reise nach Amerika in der New York Herald-Tribune dargelegt wurden, die keinesfalls zu den Kritikern der Politik Dulles' gehört.

Noch weniger kann Pineau hoffen, Dulles davon zu überzeugen, dass man Moskau gegenüber mehr Vertrauen aufbringen sollte. Gerade jetzt, da der Sowjet-Außenminister in den arabischen Staaten Freundschaftsbesuche abtätigt, wird es seinen französischen Kollegen schwer fallen, Herrn Dulles klarzumachen, die Russen seien zur Ko-Existenz - so wie - 5 -

Washington sie auffasst - erzbereit, Aber sehr wahrscheinlich stellen alle Fragen der Weltpolitik dieses Mal für Pineau nur einen Rahmen dar. Sein wichtigstes Anliegen bleibt es, dafür sorgen zu wollen, dass der französischen Politik in Nordafrika keine "Knüppel zwischen die Beine" geworfen werden. Er kennt die Befürchtung vieler Amerikaner: dass nämlich eine französische Niederlage in Nordafrika ein Vakuum schaffen würde, das Moskau schnellstens auszufüllen versuchen werde, und dass man dieser Entwicklung vorbeugen müsse.

\* \* \*

#### Rechtsstaatliche Grundsätze wahren

U.L. Die Demokraten in aller Welt haben bittere Erfahrungen mit ihren der Diktatur anhängenden Widersachern gesammelt, und sie sind deshalb vorsichtig geworden. Das gilt insbesondere für die ohnehin nicht sehr zahlreichen Demokraten in Deutschland, die es nicht wieder erleben möchten, dass eines Nachts irgendwelche Geheimpolizisten an die Tür pochen, wobei es keinen Unterschied macht, ob es sich dabei um faschistische, oder bolschewistische Politruks handelt. Aus diesen Gründen, die ein wenig getrübt werden durch den beruflichen Antikommunismus zweifelhafter Existenzen, hat sich nun bei uns schon vor Jahren das Verbot der FDJ ergeben, und aus den gleichen Erwägungen ist es möglich, dass die KPD in absehbarer Zeit zur verfassungswidrigen Organisation erklärt wird. Das alles geschieht im Namen der Demokratie, und zuständig dafür sind die Gerichte und die Innenministerien.

Wie aber sieht das praktisch aus? In den Gefängnissen der Bundesrepublik sitzen eine ganze Anzahl von Kommunisten, ein Teil von ihnen würde rechtskräftig verurteilt, andere müssen schon seit längerer Zeit in der Untersuchungshaft verbleiben, weil ein Urteil noch aussteht. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich mit diesen Menschen bisher wenig beschäftigt; erst in letzter Zeit entstand im Bundestag eine Diskussion über dieses Thema, weil die Entlassung einiger hundert politischer Gefangener in der Sowjetzone manche Politiker bei uns auf den Gedanken brachte, man könne vielleicht eine wechselseitige Freilassung der politischen Häftlinge haben und darüber ins Auge fassen. Das Bundesinnenministerium hat von den Ländern eine Übersicht angefordert, wie es denn überhaupt um die inhaftierten Kommunisten bei uns stände. Schon an diesem Punkt fragt man erstaunt: Ist es mit einem freiheitlichen Rechtsstaat vereinbar, dass die oberste, für diese Fragen zuständige

Behörde nicht einmal eine Übersicht über diese Dinge hat? Ist es wahr, dass das Schicksal einer Reihe von inhaftierten Kommunisten im rechtsstaatlichen Sinne ungeklärt ist?

Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen, dass die Feinde der Freiheit auch den Schutz der Demokratie nicht verdienen. Diese Auffassung ist gerechtfertigt, soweit es sich um die politische Auseinandersetzung mit dem Satan handelt. Aber die genaue Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze gerade gegenüber den Feinden der Demokratie muss gewährleistet sein, denn nur dadurch erweist sich die moralische Überlegenheit der demokratischen Staatsform. Außerdem ist zu bedenken, dass es eine politisch zweifelhafte Sache ist, Kommunisten einzusperrern. Man macht sie auf diese Weise nur zu Märtyrern und bestärkt sie in ihren politischen Ansichten.

Es mag realistisch sein, den Machthabern der Sowjetzone vorzuschlagen, dass die hier inhaftierten Kommunisten dann entlassen werden sollen, wenn eine entsprechende Zahl von Gefangenen der Sowjetzone freigelassen werden. Aber ein solches Angebot ist moralisch mehr als fragwürdig. Für die Demokratie ist es angemessener und einer freiheitlichen Lebensordnung entsprechender, wenn sich die Bundesrepublik dazu entschließen würde, eine allgemeine Begnadigung der politischen Gefangenen zu erwägen. Wenn man einen moralischen Druck auf die SED ausüben will, dann wäre es so am besten zu erreichen, und die Sache bliebe jedenfalls bei uns frei von dem Beigeschmack, als handele es sich um ein politisches Geschäft mit lebendigen Menschen.

In den Gefängnissen der Bundesrepublik sitzt kein einziger Nazi, - soweit es sich nicht um verurteilte Kriegsverbrecher handelt - obgleich viele Leute dieses Couleur schon wieder seit Jahren unverföhren und ohne jede Herabung den Nationalsozialismus zu rechtfertigen suchen und gegen die Demokratie zu Felde ziehen. Wenn man also schon gegen die Totengräber der Demokratie vorgehen will, dann sollte dies unparteiisch geschehen, denn die Gleichheit aller vor dem Gesetz ist eine der Säulen der rechtsstaatlichen Demokratie. Wir sind für den politischen Kampf gegen den Bolschewismus, aber wir warnen uns dagegen, dass im Schatten dieses Kampfes die alten und neuen Nazis nunter ihr Wesen treiben können.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau